VORFAHRT FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT

DER PARITÄTISCHE
SACHSEN-ANHALT

SOZIALE ARBEIT
IST WERT:VOLL

#ECHTGut
Vorfahrt für Gemeinnützigkeit

3 Editorial

4 (Ein-) Blick in Geschichte & Gegenwart

6 Aktuelle Situation & Trends

8 Gemeinnützige Organisationen sind Kristallisationskerne bürgerschaftlichen Engagements

9 Partizipation & Teilhabe

10 Seismografen & Brückenbauer

11 Eigenmittel & Finanzierung

12 Gemeinnütziges Engagement findet vor Ort statt

13 Innovative Organisationen und neue Angebote

14 Orientierung an fachlichen und ethischen Standards

15 Schulen der Demokratie

16 Zugewinngemeinschaften

17 Gemeinnützige soziale Einrichtungen sind gute Arbeitgeber

18 Direkter Einsatz von Mitteln für das Gemeinwohl

20 Ehrenamt und Freie Träger haben hohen Stellenwert in der Gesellschaft

22 Gemeinnützigkeit hat Zukunft

Herausgeber:

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Wiener Straße 2 | 39112 Magdeburg

www.paritaet-lsa.de
info@paritaet-lsa.de
+49 391 62 93 333

V.i.S.d.P.: Antje Ludwig
Redaktion | Layout | Satz: Jesko Döring
Druck: Stelzig | Magdeburg
2023

GEGEN DIE VERWAHRLOSUNG DER SOZIALPOLITISCHEN KULTUR

Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt
Vorstandsvorsitzender des Paritätischen Sachsen-Anhalt und Mitglied im Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes

Unser Sozialstaat wird wieder einmal einer schweren Bewährungsprobe unterzogen: Die ihm eigene Absicht, erhebliche Risiken der Lebensführung (z. B. Gefahren der Verarmung, der Arbeitslosigkeit, bei Krankheit oder der Versorgung im Alter) aufzufangen oder abzumildern, wird einerseits zunehmend mehr auf den/die Einzelne zurückverlagert („privatisiert“).

Andererseits wird der mit dem Sozialstaatsgedanken unmittelbar verbundene Anspruch ausgehöhlt, Leistungen des Sozialstaats (jenseits von Sozialversicherung) durch freigemeinnützige Träger zu bringen, die einen Vorrang vor der Leistungserbringung durch den Staat (Bund, Länder, Kommunen) haben, auch wenn dieser zur Finanzierung dieser Leistungen verpflichtet bleibt. Dieses Subsidiaritätsprinzip hat das Bundesverfassungsgericht (in seinem Urteil vom 18. Juli 1967) explizit für die Jugendhilfe und damit implizit zum Fundament unserer sozialstaatlichen Ordnung erklärt. Besonders deutlich ist dies in § 2 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) geregelt worden, aber auch andere Sozialleistungsgesetze machen den Vorrang freier Träger vor dem Staat sehr klar zur Arbeits- und „Geschäfts“grundlage.

Seit geraumer Zeit wird dieses Ordnungsprinzip staatlicherseits entweder unterlaufen oder erkennbar in Frage gestellt, z. B. dann, wenn der Staat als Finanzier sozialer Leistungen, zu denen er verpflichtet ist, die frei-gemeinnützigen Träger zu (wachsenden) Eigenanteilen auffordert. Auch dies stellt eine Privatisierung staatlicher Pflichtaufgaben dar, oft mit der Folge, dass freie Träger diese Mittel aus dem Beitragsaufkommen ihrer Mitglieder nicht mehr aufbringen können (und sich an Anbieter folglich zurückziehen müssen).

Schon allein dies stellt eine flagrante Verletzung der sozialstaatlichen Ordnung dar. Besonders deutlich wird dies gegenwärtig, wenn der Staat sich meint aus seiner Finanzierungspflicht noch weiter zurückziehen zu können und die freien Träger mit steigenden Kosten (Energie, sonstige Betriebsmittel) alleine lässt.

Noch gravierender ist diese Verletzung des Subsidiaritätsprinzips, wenn Kommunen durch die sog. „Re-Kommunalisierung“ Leistungen wieder an sich ziehen, die sie subsidiär an freie Träger übertragen haben – oft mit dem (im Übrigen auch betriebswirtschaftlich unsinnigen) Argument, diese selbst kostengünstiger erbringen zu können.

Hier werden Tendenzen einer Verwahrlosung der sozialpolitischen Kultur deutlich, die wir als PARITÄT nie akzeptieren werden: Angebote und Leistungen werden ja nicht nur aus Kostengründen an freie Träger übertragen, sondern weil es sozialpolitisch sinnvoll ist, freie Träger als Garanten der Gemeinnützigkeit damit zu betrauen.

Kommunen, die Hand an dieses sozialpolitische Fundament legen, handeln damit auch zugleich gegen die Idee eines vielfältigen, ausgewogenen, parteipolitisch unabhängigen – kurzum: gemeinnützigen – Sozialstaats.

HIER MÜSSEN WIR WIDERSTÄNDIG SEIN UND BLEIBEN!

DIE GESCHICHTE DER FÜRSORGE GEHT WEIT ZURÜCK. FÜRSORGEN UND HELFEN SIND FORTWÄHRENDE SORGEBEZIEHUNGEN IN JEDER GESELLSCHAFT.

In den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung gab es bereits allgemein anerkannte Hilfeformen für Arme und Kranke. Im Mittelalter nahm die Entwicklung von Hilfseinrichtungen aufgrund großer Armut zu. Damals widmeten sich vorrangig kirchliche Institutionen der Sozial- und Armenfürsorge.

Durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts gründeten sich in jener Zeit die ersten Vereine und Institutionen als Wohlfahrtsorganisationen (Gründung der Spitzenverbände):

+ 1848 Diakonie
+ 1897 Deutscher Caritasverband
+ 1917 Zentralwohlfahrtstelle der deutschen Juden (ZWST)
+ 1919 Arbeiterwohlfahrt (AWO)
+ 1921 Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
+ 1924 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Die Etablierung der Freien Wohlfahrtspflege zu Beginn des 20. Jahrhunderts und im Wesentlichen nach dem 2. Weltkrieg wurde bewusst zwischen einem freien Markt und staatlichem Handeln positioniert (Dritter Sektor). Soziale Dienstleistungen sollten nicht dem Gewinnstreben unterworfen sein, weil es sich bei sozialen Dienstleistungen sehr oft um Dienstleistungen für schutzbedürftige Menschen und hier besonders für schwache, kranke und benachteiligte Menschen handelt.

Die Märkte für soziale Dienstleistungen wurden bis in die 80er Jahre hinein weitgehend den Unternehmen der Freien Wohlfahrtspflege, d.h. den frei gemeinnützigen Trägern überlassen.

In den letzten 30 Jahren hat sich das geändert. Eine Vielzahl privatwirtschaftlicher, rein gewerblich organisierter sozialer Dienstleistungsunternehmen hat sich in der Sozialwirtschaft etabliert. Diese Unternehmen haben sich ganz bewusst nicht als gemeinnützige Unternehmen am Sozialmarkt angesiedelt. Die Ziele dieser Unternehmen sind eindeutig auf Gewinne ausgerichtet.

Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege

vereinigt mit „Die Fürsorge" Zeitschrift für alle Zweige der öffentl. und freien Wohlfahrtspflege

In Verbindung mit

Ministerialrat Dr. Dr. Bauer, Berlin, Oberregierungsrat Dr. Behrend, Berlin, Dir. Dr. Bolzau Köln a. Rh., Landesrat Dr. Jung, Münster i. W., Landrat Dr. Kracht, Heide i. H., Dir. Dr. Hertha Kraus, Köln a. Rh., Präsident Martini, Hamburg, Beigeordneter Dr. Memelsdorff, Berlin, Stadtrat Dr. Matheflus, Berlin-Schöneberg, Reg.-Rat Dr. Nathan, Berlin, Dr. Alice Salomon, Berlin, Stadtrat Dr. Sperling, Wiesbaden, Ministerialrat Wittelshöfer, Berlin

und unter besonderer Mitarbeit von

Regierungsrat Eckert, Berlin (Sozialversicherung), Direktor E. Krüske, Berlin (Auskunft), Regierungsrat Dr. Schwarz, München (Kriegsbeschädigtenfürsorge)

herausgegeben von

Dr. O. Karstedt, Ministerialrat — S. Wronsky — Fr. Ruppert, Oberregierungsrat

Monatlich ein Heft. — Bezugspreis vierteljährlich 5 RM (Ausgabe A), mit „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt" 6.— RM (Ausgabe B). — Redaktionelle Einsendungen sind ausschließlich zu richten an die Schriftleitung der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege", Berlin W 35, Flottwellstraße 4 1. — Nachdruck von Abhandlungen und Notizen nur mit genauer Quellenangabe gestattet

Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44

Inhalt:

Abhandlungen — Seite
Beatrice Webbs Kampf gegen die Armut. Dr. Alice Salomon . . . 57
Die Ausführungsverordnung zum sächsischen Wohlfahrtspflegegesetz. Min.-Rat Dr. Hans Maier . . . 62
Die Dirndrerziehungsfürsorge in Bayern. Regierungsrat Dr. Kurt Schwarz . . . 64
Arbeiterversicherung u. Gesetzgebung in Italien. Dir. Dr. L. Eletti . . . 72
Die Veräußerung von Vermögensstücken zwecks Erlangung von Renten. Oberregierungsrat Dr. jur. Ernst Behrend . . . 76
Zum Ausbau der Fürsorgestatistik. Dr. W. Feld . . . 79
Rundschau
Allgemeines . . . 85
Deutsche Vereine f. ländliche Wohlfahrtspflege . . . 85
Ausbildungsfragen . . . 85
Schulgeld in anerkannten Wohlfahrtsschulen . . . -
Berufsfragen . . . 85
Deutscher Verband der Sozialbeamtinnen . . . -
Organisationsfragen . . . 86
Eröffnung der Gesolei . . . -
Fürsorgewesen . . . 86
Gemeinnützige Rechtsauskunft — Wohlfahrtspflege in Danzig — Zentralstelle franz. Wohlfahrtsvereine — Heilfürsorge für Kriegshinterbliebene — Bayer. Landesversorgungsgericht — Versorgungsgesetz d. Königreiches d. Serben
Gesundheitsfürsorge . . . 90
Hygienische Unterweisung der Schuljugend — Fürsorge bei der Tuberkulosebekämpf. — Gemeindebestimmungsrecht — Eheberatungsstell. — Behandlung geschlechtskranker Gefangener
Erfahrbarenfürsorge . . . 91
Internationale Abolitionistische Föderation — Novelle zum § 218 StGB.
Wohnungsfürsorge . . . 91
Leitsätze in bezug auf die Wohnungsfürsorge
Strafgefangenenfürsorge . . . 91
Erweiterung des progressiven Strafvollzugs
Betriebswohlfahrtspflege . . . 92
Die Wohlfahrtseinrichtungen der Reichspost
Rechtsprechung des Bundesamts für das Heimatwesen . . . 93
Entscheidungen d. Reichsversorgungsgerichts . . . 99
Rechtsauskünfte . . . 101
Tagungskalender . . . 104
Zeitschriftenbibliographie . . . 104
Büchereingänge . . . 111
Bücherbesprechungen . . . 112

Durch die Entwicklungen auf europäischer Ebene in den vergangenen Jahrzehnten droht den sozialwirtschaftlichen Unternehmen eine weitere Herausforderung, weil dem deutschen Sozialsystem in Europa mit seinem Gemeinnützigkeitsprivileg ein einmaliger Charakter inne wohnt. Die auf der Gemeinnützigkeit beruhende Sonderstellung wird zunehmend in Frage gestellt. Sozialwirtschaftliche Unternehmen müssen heute wie jedes andere Wirtschaftsunternehmen weitgehend den betriebswirtschaftlichen Gesetzen folgen.

Und dennoch gilt: „Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine Säule des Sozialstaates der Bundesrepublik Deutschland. [_] Hauptmerkmale in ihrer Tätigkeit sind Unabhängigkeit und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sozialleistungsträgern mit dem Ziel einer sinnvollen und wirksamen Ergänzung von sozialen Angeboten zum Wohle der Hilfesuchenden.

Grundlage dieser Zusammenarbeit, soweit sie durch öffentliche und freie Träger geleistet wird, ist das Prinzip der Subsidiarität. Es räumt freien Trägern bei der Erfüllung sozialstaatlicher Aufgaben einen bedingten Vorrang ein. [Wikipedia]

Als „**Säule des Sozialstaates**" die Herausforderungen meistern, ohne ins Wanken zu geraten, ist nur durch die ununterbrochene Anerkennung und Verifizierung der damit verbundenen Grundprinzipien möglich. Was passiert, wenn das nicht beachtet wird, beschreibt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) kurz und prägnant:

„Das Miteinander öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik ist einmalig in der Welt. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind aufgrund ihrer Leistungen für das Gemeinwesen ein wichtiger Bestandteil des Sozialstaates. Das soziale Netz würde zerreißen, wenn es ihre Arbeit nicht gäbe." [https://www.bagfw.de/ueber-uns/freie-wohlfahrtspflege-deutschland]

Von jeher ist das Wohlfahrtswesen in der Abgabenordnung (AO) als gemeinnütziges Betätigungsfeld fest verankert. Die Abgabenordnung ist das elementare Gesetz des deutschen Steuerrechts. Vieles zum Thema Gemeinnützigkeit findet sich dort wieder und wird definiert. (Bereits im 19. Jahrhundert enthielten einige Einzelsteuergesetze Begünstigungstatbestände bei gemeinnütziger Betätigung.)

§ 52 AO Gemeinnützige Zwecke: Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Eine Förderung der Allgemeinheit ist nicht gegeben, wenn der Kreis der Personen, dem die Förderung zugutekommen soll, fest abgeschlossen ist, zum Beispiel Zugehörigkeit zu einer Familie oder zur Belegschaft eines Unternehmens, oder infolge seiner Abgrenzung, insbesondere nach räumlichen oder beruflichen Merkmalen, dauernd nur klein sein kann. Eine Förderung der Allgemeinheit liegt nicht allein deswegen vor, weil eine Körperschaft ihre Mittel einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zuführt.

Der Status der Gemeinnützigkeit ist attraktiv. 1977 gab es in der Abgabenordnung unter § 52 AO eine nicht abschließende Aufzählung von Bereichen gemeinnütziger Zweckverfolgung, verankert in 2 Ziffern mit 18 Tatbeständen. Aktuell gibt es offiziell 26 Ziffern mit mehr als 55 Tatbeständen zur Förderung der Allgemeinheit und eine weitere Öffnungsklausel, für die die Finanzbehörden der Länder zuständig sind.

Die Vorteile der Gemeinnützigkeit sind u.a.:

gemeinnützige Organisationen profitieren in erster Linie von Steuererleichterungen (auch Steuerbefreiungen) in den wichtigsten Steuerarten (z.B. Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer)

+ Möglichkeit der Einnahme von Spenden
+ Übungsleiterpauschalen und Ehrenamtsfreibeträge können steuerfrei gewährt werden
+ staatliche Zuschüsse sind möglich…

Die Nachteile der Gemeinnützigkeit sind u.a.:

+ enge Vorgaben für das Ausgabe- und Investitionsverhalten, Grundsatz der zeitnahen Mittelverwendung und die daraus resultierenden Anforderungen an die Rücklagenbildung

Für viele kleine wie auch große Träger ist der Gemeinnützigkeitsstaus weitaus mehr als nur eine Frage der Steuererleichterung. Der Gemeinnützigkeitsstatus ist für sie auch ein Statement, ein Bekenntnis mit einer entsprechenden Haltung. **Und das ist einfach wert:voll.**

Soziale Arbeit ist WERT:VOLL

GEMEINNÜTZIGKEIT – GERADE JETZT BESONDERS WERTVOLL

Antje Ludwig
Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Sachsen-Anhalt

Seit mehreren Jahren steigt der Druck auf freigemeinnützige Träger: einerseits drängen immer mehr kommerzielle Anbieter in Bereiche sozialer Dienstleistungen vor und hebeln bisher geltende Prinzipien wie Partizipation der Leistungsempfänger*innen und Mitarbeitenden, eine leistungsgerechte Entlohnung und Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Angebote zunehmend aus.

Deren Bereitschaft, in den unmittelbaren Sozialraum bzw. die soziale Infrastruktur zu investieren und zum Gemeinwohl beizutragen, ist deutlich weniger ausgeprägt.

Andererseits nimmt der Trend zur Rekommunalisierung zu. Kommunen holen aus deutlichem Eigeninteresse soziale Angebote und Leistungen zurück in kommunale Trägerschaft. Sie begründen dies mit mehr Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit der Möglichkeit, diese Angebote vermeintlich kostengünstiger zu gestalten.

Gerade diese These konnten freie Träger in Sachsen- Anhalt in den letzten Jahren mit entsprechenden Gutachten nachvollziehbar widerlegen. Rekommunalisierung bedeutet aber auch mehr Steuerungseinfluss auf den Leistungsumfang z.B. im Rahmen der Eingliederungsleistungen des SGB II- hier insbesondere bei den Beratungsangeboten z.B. der Schuldnerberatung.

Eine Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips (des gesetzlich verbrieften Vorranges freier Träger vor kommunalen und profitorientieren Angeboten) ist deutlich zu beobachten. Der Generationenwechsel in Politik und Verwaltungen und die damit häufig verbundene Unkenntnis dieses Prinzips und seiner Werte für die Gesellschaft, befördern diesen Trend. Es ist Aufgabe der Freien Wohlfahrtpflege und damit auch des Paritätischen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und den Vorteil von Gemeinnützigkeit wieder in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Nicht nur in Krisenzeiten, sondern grundsätzlich sind wir als Verband motiviert, mit den Kommunen vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Uns eint das Ziel, die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sicherzustellen und gleichwertige Lebensverhältnisse und eine verlässliche soziale Infrastruktur – gerade auch in ländlichen Regionen- zu gewährleisten. Dazu gehören beispielsweise das Quartiersmanagement, niedrigschwellige Beratung, Kindertagesbetreuung und die Herausforderungen bei der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes. „Machen wir zusammen" ist unere Maxime.

Die Corona-Pandemie mit ihren gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen hat deutlich gemacht, wie „systemrelevant" auch bisher eher vernachlässigte bzw. unzureichend finanzierte soziale Bereiche sind. Soziale Einrichtungen und Dienste waren unmittelbar von den Eindämmungsverordnungen infolge des Infektionsgeschehens betroffen: Krankheitsausfälle beim Personal haben den Fachkräftemangel verstärkt, Besuchsverbote und strenge Kontaktbeschränkungen das Leben der Bewohner*innen stark eingeschränkt und geschlossene Schulen oder deutlich eingeschränkte Regelbetriebe den Arbeitsalltag beeinträchtigt.

Trotzdem wurden durch gemeinnützige Träger eine verlässliche Versorgung und Betreuung gesichert.

Gemeinnützige Organisationen haben sich als tragfähig, leistungsstark und flexibel erwiesen. Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Solidarität z.B. im Rahmen von Nachbarschaftshilfen wurden in dieser Zeit maßgeblich durch die Freie Wohlfahrtspflege organisiert, Selbsthilfestrukturen haben ihre Tragfähigkeit bewiesen, soziale Innovation und neue Partnerschaften mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Kultur, Sport und Natur- und Umweltschutz wurden geschlossen.

SOZIALE ARBEIT IST **WERT:VOLL** GANZ BESONDERS IN KRISENZEITEN.

Aber auch die drastischen Folgen des Klimawandels und die aktuelle Energiekrise bzw. fortschreitende Inflation führen klar vor Augen, dass es dringend eine andere Form des Wirtschaftens (auch im sozialen Bereich) braucht, die die Bedürfnisse aller Menschen und das Gemeinwohl wieder in den Mittelpunkt rückt. Dafür müssen gemeinnützige Organisationen gestärkt werden.

Auch zu dem dringend notwendigen ökologischen Wandel wird der Paritätische seinen Beitrag leisten müssen. Erste Mitgliedsorganisationen haben sich bereits auf den Weg gemacht, um ihren ökologischen Fußabdruck zu verbessern, bewusster mit Lebens- und Verbrauchsmitteln umzugehen bzw. einen Focus auf Nachhaltigkeit zu setzen.

Teilhabe, Vielfalt, Selbstbestimmung und Solidarität sind Werte des Paritätischen und tragen maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei. Mit unserer Kampagne „Mensch, du hast Recht" haben wir vor einigen Jahren die Menschenrechte in den Mittelpunkt gerückt und besondere „Orte für Menschenrechte" in der sozialen Arbeit, aber auch bei kommunalen Verwaltungen, Kooperationspartnern und in der Politik gekürt.

Daran schließen wir nun mit unserer Aktion „**Vorfahrt für Gemeinnützigkeit**" an.

Auf den folgenden Seiten werden diese Argumente beispielhaft durch Mitgliedsorganisationen belegt – sie stehen für die Breite und Vielfalt von über 260 Organisationen unter unserem Dach..

GEMEINNÜTZIGE SOZIALE ORGANISATIONEN

+ sind Kristallisationskerne bürgerschaftlichen Engagements
+ sind gute Arbeitgeber
+ sind häufig von und mit Betroffenen gegründet worden und sichern Partizipation und Teilhabe
+ engagieren sich sozialanwaltschaftlich auch für diejenigen, die sich selbst wenig Gehör verschaffen können
+ bringen häufig zusätzliche Mittel in ihre Arbeit ein, etwa durch Spenden, zusätzlich akquirierte Fördermittel, durch Eigenmittel oder das persönliche Engagement vor Ort
+ sind innovativ und tragen dazu bei, neue Angebote zu schaffen - insbeondere solche, die weniger in der Öffentichkeit stehen
+ orientieren sich in ihrer Arbeit an fachlichen und ethischen Standards
+ sind „Schulen der Demokratie"
+ lassen die öffentliche Verwaltung, Industrie, Dienstleistungsbranchen und das Handwerk von ihrer Arbeit profitieren
+ fördern den Wettbewerb
+ setzen - anders als gewinnorientierte Anbieter mit hohen Rücklagen - ihre Mittel direkt für gemeinnützige Zwecke ein

MENSCHEN IST ES EIN GRUNDBEDÜRFNIS, SICH EINZUBRINGEN UND IHRE UMWELT MITZUGESTALTEN.

Menschen ist es häufig ein Grundbedürfnis sich einzubringen und ihre Umwelt mitzugestalten.

Um sie dabei zu unterstützen, bedarf es eines besonderen freiwilligen Engagements. Dieses wird fast ausschließlich durch gemeinnützige Vereine organisiert.

Dort, wo es staatlichen Strukturen aufgrund fehlender Flexibilität und überbordender Bürokratie nicht möglich ist, individuelle Problemlagen von Menschen zu berücksichtigen, kann freiwilliges Engagement Leistungen anbieten, die sonst nicht angeboten werden können.

So übernimmt der Verein **Bürgerinitiative Stendal e. V. (BIS e.V.)** eine zivilgesellschaftliche Verantwortung, gestaltet den Sozialraum mit und sichert die Teilhabe aller Menschen. Dabei entwickelt der Verein neuen Ideen und Projekte, wie das gesellschaftliche Leben aktiv mitgestalten werden kann.

Er ist eine feste Größe und mittlerweile geradezu eine “Institution” in der Stadt Stendal und Umgebung geworden. Die Idee ist eigentlich ganz einfach: Menschen, die Zeit und Lust haben anderen zu helfen, werden mit Denjenigen verbunden, die Hilfe benötigen – ein Prinzip der Nachbarschaftshilfe. Der Schritt aufeinander zu ist oftmals der Weg aus drohender Isolation.

Die Tagesstätte für Menschen, die in ihrer Alltagskompetenz durch Demenz oder Schlaganfall beeinträchtigt sind, wird vom Verein erfolgreich geführt. Auch hier wird professionelle Hilfe durch Ehrenamtliche sinnvoll ergänzt.

Aber die Bürgerinitiative Stendal e.V. steht auch für Innovation und neue Wege: so soll beispielsweise eine Bürgergenossenschaft für nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gegründet werden.

Ziel ist es, ihren Mitgliedern und Kund*innen sinnstiftende Arbeit, vielfältige Wohnformen und neue Wege in der Mobilität wirtschaftlich tragfähig anzubieten. Der Verein setzt dabei auf qualitative Entwicklung der Arbeit, statt auf maßloses Wachstum.

Bürgerinitiative Stendal e.V. | 39576 Stendal | www.bisev.de

GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN SIND HÄUFIG VON UND MIT BETROFFENEN GEGRÜNDET WORDEN UND SICHERN PARTIZIPATION UND TEILHABE NICHT NUR MIT IHRER ARBEIT, SONDERN AUCH UNMITTELBAR IN IHRER ARBEIT.

So stellen sich alle Eltern irgendwann die Frage: was wird mit unseren Kindern in der Zukunft, wie werden sie später ohne unsere Hilfe im Leben zurechtkommen?“

Personen mit Beeinträchtigungen sowie deren Angehörige und Unterstützer*innen im persönlichen Umfeld sind nicht selten genau in dieser Situation.

Für ihre eigenen individuellen Unterstützungsbedarfe oder die ihrer Kinder (auch wenn Sie ggf. bereits im Erwachsenenalter sind) lassen sich nicht immer die passenden Leistungsangebote finden. In der Geschichte der Freien Wohlfahrtspflege war das oft der Ausgangspunkt für die Gründung gemeinnütziger Organisationen, wie z. B. Vereinen, Elternvereinigungen, Interessenvertretungen bis hin zu Anbietern von Leistungs- und Unterstützungsangeboten.

Das bildet sich auch in der Mitgliedschaft unseres Landesverbandes in sämtlichen Handlungsfeldern ab. Die Fragen nach Möglichkeiten und Angeboten für ein erfülltes, selbständiges und selbstbestimmtes Leben mit einer ganz normalen Tagesstruktur und individuellen Freizeitangeboten und Fragen nach der bestmöglichen Berücksichtigung der persönlichen Besonderheiten und Teilhabebedarfe sind vielfältig und bleiben oft unbeantwortet. Gemeinsam finden sich engagierte Akteur*innen, klären offene Fragen, bewältigen die unzähligen Herausforderungen und bündeln ihre Kräfte. Und wichtig: sie stärken sich gegenseitig!

Das ist häufig die Ausgangslage für die Gründung einer gemeinnützigen Organisation. So hat sich auch der **Lebens(t)raum e.V.” in Halle** im Jahr 2007 gegründet. Hier haben engagierte Eltern gemeinsam mit ihren Kindern - als „Expert*innen in eigener Sache” - Strukturen für individuelle, personenzentrierte Angebote aufgebaut.

Die verschiedenen Angebote vom Bereich der Frühen Hilfen bis hin zum Persönlichen Budget sind untersetzt durch eine hohe Fachlichkeit insbesondere in Bezug auf Partizipation und das Ziel einer besseren Teilhabe. Gerade für Menschen mit Beeinträchtigungen ist die Einbeziehung und die Orientierung an der Lebenswelt von immenser Bedeutung.

Die Umsetzung dieser „inklusiven“ Ansprüche von Personen mit Unterstützungsbedarf wird sich trotz der noch häufig angewendeten (und gesetzlich immer noch verankerten) „integrativen“ Maßnahmen und Methoden in der Leistungserbringung mehr und mehr daran messen lassen. Gemeinnützige Organisationen, wie der Lebenstraum e.V., tun das mit großem Enthusiasmus und sichern so Partizipation und Teilhabe. .

Lebens(t)raum e.V. | 06108 Halle | www.lebenstraum-verein.de

Auf den Punkt gebracht von Jana Dosdahl, Geschäftsführerin von Rückenwind e.V. Schönebeck

„GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN ENGAGIEREN SICH SOZIALANWALTSCHAFTLICH AUCH FÜR DIEJENIGEN, DIE SICH SELBST WENIG GEHÖR VERSCHAFFEN KÖNNEN."

Bei dieser Überschrift zeigt mein PC einen Rechtschreibfehler an. Für sozialanwaltschaftlich gibt es keine (Rechtschreib-) Vorschläge und für anwaltschaftlich wird mir unwirtschaftlich vorgeschlagen. Da bin ich doch schon mitten im Thema **Gemeinnützigkeit.**

Warum entscheide ich mich für dieses Arbeitsfeld, für einen Arbeitgeber, der vermeintlich weniger Gehalt und Sicherheit bietet, als ein Jugendamt oder eine Stadtverwaltung beispielsweise? Warum entscheide ich mich zusätzlich für eine Arbeit mit Menschen, die meine Unterstützungsangebote nicht zwangsläufig offen und dankbar annehmen?

Warum entscheide ich mich für eine Tätigkeit, deren Wert regelmäßig hinterfragt wird?

Der Paritätische Gesamtverband vertritt die These, dass gemeinnützige Organisationen eine Seismografenfunktion für individuelle Probleme und gesellschaftliche Schieflagen erfüllen. Aktuell fühle ich mich in Hinblick auf diesen inneren Seismografen, wie in einem reißerischen Hollywood-Katastrophenfilm … die Geräuschkulisse, die der Seismograf produziert, wird stetig intensiver. Das wird von der Außenwelt schon irgendwie dezent wahrgenommen, manchmal ignoriert … manchmal manipuliert. In jedem Fall entsteht der Eindruck von Machtlosigkeit oder Handlungsunfähigkeit.

Die Politik, die Verwaltungen versuchen dieser Entwicklung, dass unser soziales Netz immer poröser wird, dass sich Sicherheitsgefühl in unserer Gesellschaft aufzulösen scheint, zu begegnen. Manchmal entsteht bei mir das Bild eines kranken Körpers und jedes Ressort klebt im Rahmen seiner Zuständigkeit ein Pflaster auf eine der offensichtlichen Wunden. Das Pflaster ist aber häufig zu klein oder verdeckt lediglich tieferliegenden Verwundungen. Wenn dann offensichtlich wird, dass der Körper weiterhin krank ist, wird jedoch schnell geschaut, welchen anderen Schuldigen es geben könnte.

Was hat das jetzt mit Gemeinnützigkeit zu tun?

Freie Träger, wie der **Rückenwind e.V. Schönebeck** pflegen eine andere Kultur. Während Verwaltungen häufig eingeengt durch starre (Zuständigkeits-) Strukturen der Blick versperrt wird und der Druck „von oben" eine konsequente Verteidigungshaltung nach sich zieht, leisten wir uns eher einen anderen Blick auf „die Dinge". **Das macht uns nicht gleich zu Helden der Gesellschaft.** Denn es geht eben nicht darum, die Welt in gut und böse bzw. richtig und falsch aufzuteilen. Gemeinnützige Organisationen sind Seismografen und Brückenbauer, manchmal auch Dolmetscher, die zwischen den Familien und Verwaltungen / Institutionen vermitteln und Wege ebnen. Gemeinnützigkeit bietet die Chance, innovativ zu sein und Menschen mit einer anderen Haltung zu begegnen.

Das erscheint mir wichtig, schon immer.
Und besonders aktuell.

Rückenwind e.V. Schönebeck | 39218 Schönebeck
www. rueckenwind-schoenebeck.de

GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN BRINGEN HÄUFIG ZUSÄTZLICHE MITTEL IN IHRE ARBEIT EIN, ETWA DURCH SPENDEN, ZUSÄTZLICH AKQUIRIERTE FÖRDERMITTEL, DURCH EIGENMITTEL ODER DAS ENGAGEMENT DER ENGAGIERTEN.

Diese Formulierung suggeriert einen überaus positiven Finanzierungsmix, der den Trägern ein Höchstmaß an Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen scheint. Kritisch betrachtet, und von einer Vielzahl unserer Mitgliedsorganisationen als massives Problem bezeichnet, ist jedoch die verpflichtende Erbringung von Eigenmitteln.

In einem Sektor, der seine Leistungen im Sinne der Sicherung der Daseinsvorsorge den Bürgerinnen und Bürgern unentgeltlich anbietet, stellt sich die Frage, wie diese Eigenmittel erwirtschaftet werden sollen. Im vielfältigen Portfolio der Sozialwirtschaft existieren durchaus Angebote, die so gut wie nie mit (großzügigen) Spenden oder Bußgeldern bedacht werden, auch die Möglichkeit der unbaren Erwirtschaftung von Eigenmitteln durch ehrenamtlich Engagierte ist, abgesehen vom immensen Dokumentationsaufwand, keine echte Alternative.

In den meisten zuwendungsbasierten Bereichen werden 10% Eigenmittel vorausgesetzt, am Beispiel von Schwangerschaftsberatung bis zu 20%. Die Schwangerschaftsberatung ist eine Pflichtaufgabe des Landes nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz. Diese gesetzliche Pflichtaufgabe wurde vom Land Sachsen-Anhalt an Träger der Freien Wohlfahrtspflege übertragen und wird bisher verbindlich durch die Träger gewährleistet. Sind diese künftig nicht mehr in der Lage, Schwangerschaftsberatung anzubieten, kommt das Land seiner Sicherstellungspflicht eines bedarfsgerecht finanzierten, niedrigschwelligen und wohnortnahen Leistungsangebotes nicht mehr nach.

Für den größten Anbieter in Sachsen-Anhalt bedeutet das für die sieben betriebenen Beratungsstellen mit 12,7 VbE einen Betrag von 75.000 €, den der Verband im Jahr 2021 an Eigenmitteln aufbringen musste.

pro familia | 06132 Halle | www.profamilia.de

Cornelia Rohn, langjährige Geschäftsführerin des **pro familia Landesverbandes Sachsen-Anhalt** sagt dazu: *„Pro familia ist ein Fach- und Beratungsverband für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung. Seit Jahrzehnten stehen wir unserer Klientel mit hochqualifizierten und motivierten Fachkräften zur Seite. Wir haben als Träger staatliche Pflichtaufgaben übernommen und halten zudem freiwillige Angebote vor. Es ist ein No-Go, dass wir für den Betrieb der gesetzlich verpflichtenden Schwangerschaftsberatungsstellen Eigenmittel erwirtschaften und einsetzen müssen. Die Spendenbereitschaft war für diesen Bereich der sozialen Arbeit noch nie groß und sinkt insgesamt weiter. Und mal Hand aufs Herz: wer spendet einem Träger für die Schwangerschaftsberatung Geld?"*

Der Einsatz der Eigenmittel in den dargestellten Höhen stellt pro familia letztendlich vor eine existentiell bedrohliche Situation.

Frei gemeinnützige Träger sollten mit ihren zukunftsfähigen Konzepten und verlässlichen Strukturen in der sozialen Arbeit, im Pflege- und Gesundheitssektor sowie auch in anderen bestimmten Lebensbereichen Vorrang haben vor gewinnwirtschaftlichen und staatlichen Anbietern. Dies kann jedoch nur gelingen, indem ihre Arbeit anerkannt, wertgeschätzt und auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert wird.

Gemeinnützigkeit ist eine Überzeugung. Der Subsidiaritätsgrundsatz sichert Vielfalt in den Angeboten und damit das freie Wunsch- und Wahlrecht hilfesuchender Bürger*innen. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern.

GEMEINNÜTZIGES ENGAGEMENT FINDET VOR ORT STATT UND WIRD VON BÜRGER*INNEN GETRAGEN

Regional denken – weil die Musik in den Kommunen und angrenzenden Regionen spielt. Die gemeinnützigen Träger von sozialen Angeboten und Diensten spielen mit ihren freiwillig und/oder ehrenamtlich Engagierten hier eine wichtige Rolle.

Sie sind ein starker Partner der Kommunen. Sie haben Einsicht in besondere Lebenslagen und können ganz konkret vor Ort Menschen mobilisieren, aus ihrem Nutzerinteresse heraus Lösungen für Lücken in der kommunalen Daseinsvorsorge zu finden, sich zu verbinden und Dienste auf ihren Bedarf hin anzubieten.

Das **Sozialzentrum Bode e.V.** mit Sitz in Thale ist ein gemeinnütziger sozialer Verein, der seit über dreißig Jahren in den Bereichen Jugendhilfe, Seniorenarbeit und niedrigschwelliger Beratung tätig ist.

Mit seinem sozialräumlichen Ansatz und lebensnahen, qualifizierten Angeboten hat der Verein große Wertschätzung bei Kommunalpolitik und Verwaltung erlangt.

Er deckt auch sog. Nischen in der Daseinsvorsorge ab, z.B. mit Hilfen für Menschen in besonders prekären Lebenslagen (Kleiderkammer, drohende Wohnungslosigkeit usw.).

Damit wird auch einer möglichen Vereinsamung und sozialer Isolation vorgebeugt.

Seit vielen Jahren hat sich ein breites und zuverlässiges Netzwerk an Ehrenamtsarbeit entsprechend der Bedarfe entwickelt.

Im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit treffen sich in der Jugendscheune Wendhusen und im Jugendzentrum Sputnik wöchentlich ca. 5 bis 6 Ehrenamtliche um kreativ tätig zu sein, so z.B. in der Kunstwerkstatt.

Es werden Dekorationen und Kulissen sowie Gestaltungsvorlagen für Veranstaltungen, wie z.B. Kinderfaschings- und –weihnachtsfeiern, Adventssingen, Ferienaktionen und Mittelaltertage gefertigt und Unterstützung bei der Durchführung gegeben.

Im Seniorenbereich gibt es ehrenamtliche Unterstützung von Jugendlichen im Bereich digitale Medien.

Das Sozialzentrum Bode e.V. ist aus der sozialen Infrastruktur der Harzregion nicht wegzudenken.

Sozialzentrum-Bode e.V. | 06502 Thale
www.sozialzentrum-bode.de

Als die russische Armee am 24. Februar 2022 die Ukraine überfiel, blieb Claudia Rondio, wie so vielen, erstmal das Herz stehen. Doch schnell besann sich die couragierte Leiterin der "**Mandala Kinderbetreuung" gGmbH** in Magdeburg: „*Da muss man doch was tun!*"

Seit dem Jahr 2000 sind in der interkulturellen Einrichtung für die Betreuung der Kinder vor allem auch Kolleg*innen und Eltern aus verschiedenen Ländern engagiert tätig – natürlich auch aus der Ukraine. Daher war schnell klar, dass Solidarität gezeigt werden sollte: die Kinder sangen Friedenslieder, die Öffentlichkeitsarbeit färbte sich blau-gelb und es wurden Geld- und Sachspenden gesammelt.

Als knapp eine Woche später die ersten Familien aus der Ukraine in Magdeburg ankamen, öffnete man schnell die eigenen Angebote. Dank enger Vernetzung in die Zivilgesellschaft und mit verschiedenen Communities war man bei "Mandala" schnell in der Lage, niedrigschwellige Kinderbetreuung anzubieten.

Auch im pädagogischen Alltag, der ja weiter gehen musste, erklärten sich die Mitarbeitenden bereit, ukrainische Familien mit ihren Kindern mitzunehmen: um die Stadt zu zeigen, das Ankommen zu erleichtern, oder einfach nur, um ein wenig Alltag nach der Fluchterfahrung zurückzugeben.

Eigene Mitarbeitende mit entsprechenden Sprachkenntnissen, aber auch Eltern und Freiwillige über das **Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA)** unterstützen bei der Sprachmittlung.

„ICH BIN SEHR STOLZ DARAUF, WAS MEINE KOLLEG*INNEN SO SCHNELL NOCH ZUSÄTZLICH GELEISTET HABEN" Claudia Rondio

Doch als die ersten Familien aus der Ukraine im Frühsommer ihre eigenen Wohnungen bezogen, wurde allen Beteiligten schnell bewusst, dass dieses Engagement kein Sprint, sondern ein Marathon sein würde. Mit der Unterstützung von geflüchteten Familien hatte man bereits seit 2014 unterschiedliche Erfahrungen gesammelt – und die Fehler von damals sollten sich nicht wiederholen. Gemeinsam mit der Regionalstelle Mitte-West des Paritätischen Landesverbandes wurden daher Workshops mit dem Jobcenter Magdeburg zu Sozialleistungen und Wege in den Arbeitsmarkt angeboten, während nebenan die Kinder betreut wurden. Schnell wurde auch deutlich, dass Ankommen nur gelingen wird, wenn reguläre Kinderbetreuung möglich ist. Dass das langfristig nicht allein mit ehrenamtlichem Engagement gelingen kann, das war den "Mandalas" bewusst.

Eine Anfrage an das Jugendamt Magdeburg nach zusätzlichen Räumen, um die neuen Bedarfe zu decken, entwickelte sich daher schnell zu etwas Größerem. Da auch die Stadt mit dem plötzlichen Mehrbedarf überfordert war, bot man nach einigen Gespräch eine aktuell leerstehende Kita für die Einrichtung einer „Willkommenskita" an. Claudia Rondio war sofort Feuer und Flamme – bis sie die Nebenbedingungen erfuhr: leere Räume, nur für 14 Monate und es muss in sechs Wochen losgehen! Die "Mandalas" nahmen das Angebot trotzdem an und nach Schlüsselübergabe an einem Donnerstag ging am darauffolgenden Montag bereits die Eingewöhnungsphase der Kinder los.

Mittlerweile sind fast 125 zusätzliche Plätze vollständig besetzt. Personal, mit und ohne Migrationserfahrung, wurde überraschend schnell gefunden, und die Einrichtung wächst Stück für Stück – auch Dank der Sachspenden aus dem Fundus von befreundeten Kitas in Magdeburg. Nicht nur wurden damit Plätze für ukrainische Kinder geschaffen; auch arabische Familien und aus anderen Communities standen plötzlich vor der Tür, weil sie bisher woanders keinen Platz bekommen hatten. Mittlerweile gibt es schon wieder Tränen, wenn Eltern auf die Warteliste gesetzt werden müssen.

Wie es ab Ende nächsten Jahres weitergehen soll, ist aktuell noch unklar. Die Stadt selbst spricht eher von einer „Ankunftskita", weil es von dort aus in anderen Einrichtungen weitergehen soll.

Aber Claudia Rondio gibt sich kämpferisch – denn das, was sie und ihr Team im letzten halben Jahr geleistet haben, sollte am liebsten Wurzeln schlagen.

Mandala Kinderbetreuung gGmbH | 39104 Magdeburg | www.mandala-md.de

Frauen und Kinderhaus e.V. | 29401 Salzwedel
www.frauenhaus-salzwedel.de

GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN ORIENTIEREN SICH IN IHRER ARBEIT AN FACHLICHEN UND ETHISCHEN STANDARDS.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich sind sie in den sechs Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege, zu denen auch der Paritätische zählt, zusammengeschlossen. Sie bieten ihren Mitgliedern ein breites Spektrum an Angeboten und Dienstleistungen und tragen damit zu hohen Qualitätsstandards bei.

Der Paritätische ist Mitglied im bundesweit agierenden Verein Frauenhauskoordinierung e. V. Dieser vernetzt zahlreiche Wohlfahrtsverbände und deren Träger von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen. In den Paritätischen Strukturen sind davon rund 325 Einrichtungen organisiert, welche sich für den Gewaltschutz betroffener Frauen und deren Kinder einsetzen. Zur fachlichen und politischen Unterstützung hat der Paritätische mit seinen angeschlossenen Trägern bundesweit einheitliche Standards für die Rahmenbedingungen und die fachliche Arbeit in Frauenhäusern formuliert.

Der Verein "**Frauen- und Kinderhaus e.V.**" in Salzwedel brachte kontinuierlich seine Expertise bei der Erarbeitung dieser Qualitätsstandards ein und setzt den fachlichen Diskurs um die Ausstattung und die konzeptionelle Weiterentwicklung der fachlichen Arbeit fort. So konnte beispielsweise in Sachsen-Anhalt eine Fachkraft für die besondere Arbeit mit Kindern in Frauenhäusern implementiert werden. Ihre Lebenssituation braucht besondere Betreuung und Stabilisierung.

Insgesamt ist die Finanzierung der Frauenhäuser und Schutzwohnungen seit Jahren nicht verlässlich und ausreichend - für die Träger immer ein Balanceakt, da auch die Erbringung von Eigenmitteln und Einwerbung von Spenden aufgrund der notwendigen Anonymität der Frauenhäuser schwierig ist.

Der Paritätische fordert die vollumfängliche Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur "Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt" und setzt damit auf eine umfangreiche Verbesserung der Unterstützungsstrukturen.

OFFENE KANÄLE IN SACHSEN-ANHALT BIETEN GESTALTUNGSBETEILIGUNG IM KOMMUNALEN UND REGIONALEN NAHRAUM

"**Offene Kanäle**" in Sachsen-Anhalt bieten Gestaltungsbeteiligung im kommunalen und regionalen Nahraum. In Sachsen-Anhalt ermöglichen "Offene Kanäle" (OK) an sieben Standorten mit Unterstützung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt den kostenlosen, selbstverantworteten und unzensierten Zugang zu TV-Produktions- und Sendeanlagen. Als kommunikative Instrumente bieten die "Offenen Kanäle" den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt vor der eigenen Haustür gelebte Demokratie mitzugestalten und sich aktiv in kommunalpolitische Diskussionen einzubringen.

Die "**Offenen Kanäle**" Magdeburg, Stendal und Wettin sind unter dem Paritätischem Dach organisiert.

Der "OK Magdeburg " bezeichnet sich selbst als Ort sozialer Nahraumkommunikation im Medium des Fernsehens. Er ist kreative Plattform für Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen, für Einzelne, Gruppen, Initiativen, gemeinnützige Organisationen und für alle die Lust haben, selbst Fernsehen zu gestalten. Neben den wenigen Hauptamtlichen unterstützen viele Freiwillige die Arbeit des "OK Magdeburg", ob im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, im FSJ-Kultur oder als Studierende. Sie finden hier eine sinnstiftende Tätigkeit und können sich ausprobieren, ob hinter der Kamera, als Programmierer*in, Tontechniker*in oder Betreuer*in/ Begleiter*in von Nutzer*innen oder Schülerpraktikant*innen.

*„Bei uns treffen sich Menschen, die sich im normalen Leben nie begegnen würden - Alt und Jung, Profis und Anfänger*innen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Beeinträchtigungen. Wir geben ihnen die Möglichkeit, eigenverantwortlich Themen, die sie bewegen, in die regionale Öffentlichkeit zu publizieren, sozusagen als „Fenster in die Stadt", aber auch darüber hinaus. Unser Programm ist so bunt und vielfältig, wie die Menschen, die es gestalten und bildet alle Themen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Als soziokulturelles Zentrum halten wir aber auch Angebote in den Bereichen kultureller, politischer sowie allgemeiner Medienbildung vor.*"; sagt Bettina Wiengarn, Geschäftsführerin des OK Magdeburg.

Stolz berichtet sie, dass der OK Magdeburg mit seiner YouTube-Mediathek mit 16.400 Abonnent*innen der erfolgreichste Kanal eines Senders in Deutschland ist. Dies zeigt, dass das Bürgerfernsehen auch im digitalen Zeitalter nicht an Relevanz verliert.

Für seine zahlreichen medienpädagogischen Projekte erhielt, der "OK Magdeburg" Auszeichnungen und Preise. Genannt seien hier beispielhaft als Leuchtturmprojekte: das Frauen-Film-Projekt „FrauenStärken" mit Frauen aus Afghanistan, das den ersten Platz beim Integrationspreis Sachsen-Anhalt 2022 in der Kategorie „Digitale und innovative Formate" erhielt und die professionell aufbereitete TV-Serie „Magdeburg Moritzplatz", die 2019 den mit 50.000 € dotierten Preis „The Power oft the Art" für besonderes Engagement um die Förderung einer offenen Gesellschaft erhielt.

Bettina Wiengarn: *„Offene Kanäle sind in den Netzwerken der Zivilgesellschaft aktiv und sollten sich in ihrem Zentrum befinden. Hier werden Themen aufgegriffen, kommuniziert und in die Kommunen, Politik und Gesellschaft multipliziert. Mit unserer Arbeit geben wir u.a. auch denjenigen eine Stimme, die sich mit ehrenamtlicher Arbeit für die Zivilgesellschaft engagieren und andernorts nicht die Aufmerksamkeit finden, die sie verdienen.*"

Offener Kanal Magdeburg e.V. | 39108 Magdeburg | www.ok-magdeburg.de

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, INDUSTRIE, HANDWERK UND DIE DIENSTLEISTUNGSBRANCHEN PROFITIEREN VON DER ARBEIT DER GEMEINNÜTZIGEN EINRICHTUNGEN UND DIENSTE VOR ORT

Auch in der Stadt Zeitz ist eine gut ausgebaute und gemeinnützige Infrastruktur ein sozialer Standortfaktor. Die gemeinnützig arbeitende "**Stiftung Seniorenhilfe Zeitz**" beispielsweise stellt nicht nur für ihre Gäste, Bewohner*innen und Patienten eine Bereicherung dar, auch die Öffentliche Verwaltung, Industrie und Handwerk in der Stadt profitieren von der Arbeit ihrer gemeinnützigen Einrichtungen und Dienste vor Ort.

Ein attraktives Angebot in der ambulanten und stationären Pflege, in Kinderbetreuung und Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen entlasten die Beschäftigten in diesen Bereichen und unterstützen damit deren Arbeit.

Und sie wirken durch ihr Engagement und sichtbares Handeln positiv auf das gesamte Stadtbild, stellen gleichwertige Lebensverhältnisse her und tragen mit ihrer Präsenz zu Krisenprävention und gesellschaftlicher Resilienz auch im öffentlichen Sektor bei.

Mit jeder neuen Idee gewinnt damit die ganze Stadt weiter an Attraktivität und Lebensqualität. Gemeinnützigkeit hat somit auch beste Argumente für Firmen und Familien, die kommen, um zu bleiben.

Stiftung Seniorenhilfe Zeitz | 06712 Zeitz
www.seniorenhilfe-zeitz.de

GEMEINNÜTZIGE SOZIALE ORGANISATIONEN SIND GUTE ARBEITGEBER.

Mit einer ausgeprägten Werteorientierung und einer Arbeit, die am Gemeinwohl und am Gedanken der Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet ist, bieten gemeinnützige soziale Organisationen eine äußerst sinnstiftende Tätigkeit für Diejenigen, die unmittelbar mit Menschen arbeiten wollen.

In einer breiten Palette von Arbeitsfeldern können Beschäftigte im Rahmen von Begleitung, Betreuung, Pflege und Beratung einen bedeutsamen Beitrag, unter anderem für Menschen in persönlichen Notlagen und in schwierigen Lebenssituationen, leisten.

So kann gesellschaftliches Engagement auch beruflich mit einem sicheren Arbeitsplatz gelebt werden, ohne dabei dem Diktat der Profitorientierung folgen zu müssen. Die Entscheidung für einen Arbeitgeber im gemeinnützigen Sektor ist daher oft eine bewusste, um mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Zudem arbeiten gemeinnützige Organisationen sehr häufig nach tariflichen Standards. So haben sich zahlreiche Mitgliedsorganisationen unseres Verbandes in der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG) zusammengeschlossen und entwickeln gemeinsam die Grundlagen für ein modernes Tarifwerk.

Neben einer attraktiven Vergütung - welche teilweise über der des Öffentlichen Dienstes liegt - kennzeichnet dieses auch das Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Das Ziel gemeinnütziger Organisationen ist es, bedarfsgerecht soziale Angebote zu schaffen, die unmittelbar den Menschen zugutekommen und gleichzeitig auch dem Gemeinwesen bzw. der Gemeinschaft dienen. Betriebswirtschaftlich zu haushalten und öffentliche Mittel effizient einzusetzen, ist für den Paritätischen und seine Mitglieder eine Selbstverständlichkeit.

Für uns steht nicht die Gewinnmaximierung und Expansion im Vordergrund. Neben einer qualitativen Leistung für die unmittelbare Zielgruppe beteiligen sich gemeinnützige Einrichtungen an der Gestaltung des Gemeinwesens.

Sie sind fester Bestandteil des Sozialraums, knüpfen Netzwerke mit anderen Trägern und entwickeln gemeinsam Projekte, um die Lebensqualität zu verbessern. Damit tragen sie zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei und unterstützen Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen Raum sind die Kindertagesstätte, der Seniorentreff oder ein Jugendclub häufig der soziale Mittelpunkt im Ort und stärken den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Menschen. Durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern wirken sie wie Seismographen für die Lebenslagen vor Ort.

Immer häufiger engagieren sich gemeinnützige Träger in zivilgesellschaftlichen Bündnissen z.B. zur Sicherung der Demokratie, für bezahlbaren Wohnraum, für Umweltschutz und Nachhaltigkeit und schaffen Verbindungen zu Kultur und Sport. Sie investieren Zeit und Mittel unmittelbar für das Gemeinwohl.

EHRENAMT UND FREIE TRÄGER HABEN HOHEN STELLENWERT IN DER GESELLSCHAFT

Simone Borris ist seit dem 01. Juli 2022 Oberbürgermeisterin der Stadt Magdeburg, lebt dort seit 1970 und ist Diplomkauffrau/Diplomökonomin. 2003 wurde sie Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, übernahm 2013 das Jugendamt und wurde 2014 Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit und später Stellvertreterin des damaligen Oberbürgermeisters, Dr. Lutz Trümper. Sie ist vielseits engagiert, spielte bis 2019 aktiv Fußball, war (als erste Frau) Präsidiumsmitglied beim 1. FC Magdeburg. Außerdem ist sie u.a. Aufsichtsratsvorsitzende der „Wohnen und Pflegen gGmbH“ und der „Klinikum Magdeburg gGmbH“, Vorstandsmitglied im Verein PIA e.V. und Mitglied im Förderverein Kinderförderwerk Magdeburg.

Der Paritätische Gesamtverband startete 2022 die bundeweite Kampagne Vorfahrt für Gemeinnützigkeit. Gemeinnützigkeit ist für den Paritätischen weit mehr als ein steuertechnischer Begriff. Dem freien zivilgesellschaftlichen Engagement wird, gemäß dem Prinzip der Subsidiarität, Vorrang vor staatlichen Aktivitäten eingeräumt. Der Staat setzt in seiner Sozialgesetzgebung zwar den Rahmen, aber in die Ausführung der Gesetze und damit in die Gestaltung des sozialen Lebens ist die Freie Wohlfahrtspflege konstitutiv einbezogen. Welche Bedeutung hat Gemeinnützigkeit für die Kommunalpolitik aus Ihrer Sicht und Erfahrung?

Da Gemeinnützigkeit in erster Linie eben doch ein steuerrechtlicher Status ist, bevorzuge ich es, an dieser Stelle von ehrenamtlicher Tätigkeit oder auch bürgerschaftlichem Engagement zu sprechen. Gemäß dem von Ihnen angesprochenen Subsidiaritätsprinzip können insbesondere soziale Leistungen für die Magdeburger Bürger*innen nur im Zusammenspiel zwischen Kommune und Freien Trägern erbracht werden, die für die Vorhaltung dieser sozialen Angebote, obwohl im eigenen Auftrag und nach eigenem Selbstverständnis tätig, von der öffentlichen Hand entsprechend subventioniert werden. Dementsprechend kommt sowohl dem Ehrenamt als auch dem Wirken der Freien Träger ein hoher Stellenwert in der (Stadt-) Gesellschaft zu. Zwar ist Kommunalpolitik im Sinne und Auftrag der Bürger*innen als Gestalter tätig, jedoch ist sie ohne Akteur*innen mit deren Ressourcen und Expertise konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können, letztlich handlungsunfähig.

Mit Blick auf die Verankerung der Gemeinnützigkeit im Gemeinwesen, wie sehen Sie das Zusammenspiel der Kräfte zwischen freien und öffentlichen Trägern in der Landeshauptstadt Magdeburg?

In unserer Stadt hat sich in den letzten Jahrzehnten ein meines Erachtens ausgewogenes Verhältnis zwischen freien und öffentlichen Trägern entwickelt. Es wäre sicherlich unrealistisch zu sagen, dass es angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen, Personalmangel und sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen (Asylkrise, alternde Gesellschaft) auch divergierende Perspektiven und Interessenlagen gibt, letztendlich sind aber alle Akteur*innen bemüht, auf die sich rasch verändernden Bedürfnisse der Bürger*innen adäquat und bestmöglich zu reagieren.

Mehr als 23 Millionen Bürger*innen engagieren sich in Deutschland freiwillig in Verbänden, Initiativen, Gruppen und öffentlichen Einrichtungen. Freiwilliges Engagement wird traditionell mit Unentgeltlichkeit gleichgesetzt. Ist das noch zeitgemäß? Wie kann eine Anerkennung freiwilligen Engagements (auch in Form einer finanziellen Vergütung) in Magdeburg aussehen? Gibt es hierzu Erfahrungen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft?

Ehrenamtliches Engagement ist geprägt von Freiwilligkeit, Unentgeltlichkeit und Gemeinwohlorientierung. Es lebt davon, dass Bürger*innen sich aus einem inneren Bedürfnis heraus uneigennützig für andere Menschen, Mitgeschöpfe und Themen engagieren. Selbstverständlich sollen den Ehrenamtlichen keine zusätzlichen Kosten bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten entstehen, was durch die in der Ehrenamtssatzung der Stadt Magdeburg festgelegten Aufwandsentschädigungen und Pauschalsätzen, um eine möglichst unkomplizierte Geltendmachung zu gewährleisten, garantiert wird. Von einer Monetarisierung des Ehrenamtes ist dies und sollte es auch zukünftig ganz klar getrennt werden.

Wichtiger ist hier vielmehr die Entwicklung von Maßnahmen und Strukturen, die ehrenamtliches Engagement vor Ort fördern und nutzbringend koordinieren. Die Magdeburger Freiwilligenagentur, Alten- und Servicezentren, Bürgerhäuser, die Integrationskoordination der Landeshauptstadt, kommunale Beratungseinrichtungen wie das Pflegebüro oder das Familieninformationsbüro, aber selbstverständlich auch die Einrichtungen freier Träger sind hier wichtige Bestandteile dieser Engagementfördernden Infrastruktur. Diese Aufzählung ist definitiv nicht abschließend und ich entschuldige mich schon jetzt bei den zahlreichen Akteur*innen, die hier nicht namentlich benannt, aber natürlich dennoch unabdingbar sind.

DIE MENSCHEN FÜR SOZIALE BERUFE BEGEISTERN

Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft würde ich hier vorrangig unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung betrachten. In allen, aber insbesondere in den Bereichen der sozialen Dienstleistungen haben wir mit einem Mangel an Bewerber*innen umzugehen. Hier kann natürlich auch das Ehrenamt ein möglicher Einstieg sein, aber neben der Veränderung struktureller Rahmenbedingungen (Vergütung, Freizeitausgleich, Arbeitsbedingungen, attraktivere Ausbildungsvergütung), auf welche Kommune nur sehr bedingt Einfluss hat, sehe ich hier zuvorderst Maßnahmen, die Menschen für die sozialen Berufe begeistern. Ein Beispiel ist hier das bezahlte Praktikum, wo auch die Kommune als Arbeitgeberin von Unternehmen und anderen Einrichtungen (z.B. Transfergutscheinprogramm der Hochschulen) lernen kann. Damit beschäftigen wir uns aktuell.

Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen (auch an die Zivilgesellschaft), was wünschen Sie sich von den gemeinnützigen, freien Trägern in Magdeburg, im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement und soziales Miteinander in der Landeshauptstadt?

Ich wünsche mir für das gesellschaftliche Miteinander in unserer Herzensstadt Magdeburg auch weiterhin eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die stets die Arbeit für die Bürger*innen unserer Stadt in den Fokus stellt – ganzheitlich, flexibel, ressourcenorientiert und vor allem angepasst an die Bedürfnisse der Menschen. Sowie ein gemeinsames Verständnis dafür, dass angesichts einer angespannten Haushaltslage und neuer gesellschaftlicher Herausforderungen (Ukrainekrieg, Energiesituation, pandemische Lage im Winter) nicht immer ein „oben drauf“ und ein Mehr an kommunalen, finanziellen Mitteln die Antwort sein kann. Wir haben auf diese Weise bereits in den letzten Jahrzehnten einen häufig auch steinigen Weg gemeinsam zurückgelegt und ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dies auch weiterhin gelingen wird.

Simone Borris | Oberbürgermeisterin Magdeburg

GEMEINNÜTZIGKEIT HAT ZUKUNFT

Nur wenige Themen finden sich viermal sehr explizit und relativ konkret in der Koalitionsvereinbarung der die aktuelle Bundesregierung tragenden Parteien. Man muss nicht alle dort angekündigten Vorhaben gleichermaßen gutheißen. Man kommt aber nicht an der Erkenntnis vorbei, dass die Politik Handeln und Wirtschaften nach den Spielregeln der Gemeinnützigkeit als wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens ansieht.

Im Abschnitt Zivilgesellschaft und Demokratie wird eine Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts angekündigt. Es geht dabei vor allem um die Zulässigkeit politischer Betätigungen. Hier besteht nach Ansicht des Paritätischen bereits heute genügend Spielraum. Die Ankündigung zeigt jedenfalls, dass die Politik gemeinnütziges Handeln eher absichern als einschränken will.

Der Abschnitt Steuern greift dieses Thema ebenfalls auf. Darüber hinaus wird angekündigt, dass es Erleichterungen geben soll für Sachspenden von neuwertigen Waren, die dem kommerziellen Wirtschaftskreislauf entnommen werden, zum Beispiel aus Warenrücksendungen. Dies fordert der Paritätische seit langem. Hemmnis ist hier allerdings nicht das Gemeinnützigkeitsrecht, sondern das europäische Umsatzsteuerrecht. Bemerkenswert an dem Vorhaben ist deshalb, dass die Koalition auch auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen gemeinnützigen Handelns verbessern möchte.

Die europäische Ebene wird auch im Abschnitt Rechtsstaatlichkeit angesprochen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinnütziger Organisationen soll den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs angepasst werden. Vielfach wird behauptet, Gemeinnützigkeit sei ein spezielles deutsches Thema. Wieso hat sich dann der EuGH mit Gemeinnützigkeit in Europa befasst? Weil gemeinnütziges Wirken und seine steuerliche Anerkennung eben keine deutsche Besonderheit ist, sondern in allen europäischen Staaten anzutreffen ist.

Dies hat die EU-Kommission bereits in ihrer Mitteilung vom 6. Juni 1997 über „Die Förderung der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa“ umfangreich dargestellt und gewürdigt. Die Darstellung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt, dass die nationalen Ausformungen je nach historischen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen unterschiedlich sind.

Werner Hesse, Geschäftsführer Paritätischer Gesamtverband

#ECHTGut
Vorfahrt für Gemeinnützigkeit

www.facebook.com/paritaetsachsenanhalt
www.twitter.com/ParitaetLSA
www.instagram.com/paritaetlsa

DIE FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE ERFÜLLT WICHTIGE AUFGABEN DES SOZIALSTAATES DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Der Paritätische und seine zahlreichen Mitgliedsorganisationen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine wichtige Stütze ist das Prinzip der Gemeinnützigkeit: Gewinne fließen nicht in die Taschen einzelner, sondern gehen dorthin, wo sie gebraucht werden.

Der Gesamtverband des Paritätischen fordert von der Politik: **Vorfahrt für Gemeinnützigkeit** gegenüber Profitstreben und Verstaatlichung. Zahlreiche Doukumente, Argumente, Tipps und Materialien werden fortlaufen auf www.der-paritaetische.de aktualisiert.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jesko Döring, Jana Dosdahl, Rolf Hanselmann, Ralf Hattermann, Werner Hesse, Nicole Hitzegrat, Martin Hoffmann, Marcel Kabel, Romy Kauß, Antje Ludwig, Dr. Peter Piechotta, Kirstin Röhl, Dorit Schubert, Sylke Szemkus, Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt

Fotonachweise: Yuri Arcurs, BIS e.V., Jesko Döring, Der Paritätische Gesamtverband, Robert Kneschke, Mediaphotos, Offener Kanal Magdeburg, Matthias Piekacz (S.3), RossAndHelen, Studioroman, Twoellis

DER PARITÄTISCHE
SACHSEN-ANHALT

www.paritaet-lsa.de
www.der-paritaetische.de/echtgut